



Die Gesundheitsversorgung von trans Menschen ist ein Grundrecht

Wir leben in Zeiten, in denen gewisse Grundsätze, die bis vor kurzem als unantastbar galten, durch die Rechte politisch angegriffen werden. Einer dieser Grundsätze ist, dass medizinische Richtlinien nicht instrumentalisiert werden, denn alle haben das Grundrecht auf medizinische Grundversorgung, klare Diagnosen und zugängliche Behandlungswege.

Nun aber gab die Zürcher SVP-Regierungsrätin Natalie Rickli am 7. Juli 2025 eine Pressekonferenz, in der sie den Bund aufforderte, geschlechtsangleichende Operationen an Minderjährigen zu verbieten. Das Verbot einer verordneten medizinischen Behandlung kann sie auf kantonaler Ebene allerdings nicht durchsetzen, weshalb sie (und weitere Exponent:innen ihrer Partei) auf ein nationales Verbot abzielen. Das wäre fatal.

Für die SP Schweiz ist ein solches Verbot klar als Übergriff in die medizinische Fachkompetenz und als Grundrechtsverletzung zu werten. Der Zugang zu Gesundheitsversorgung darf für trans Jugendliche nicht erschwert werden, nur weil sie trans sind. Doch genau dies geschieht, wenn bspw. Pubertätsblocker für diese Gruppe nur bei Teilnahme an einer Studie zugänglich sind, aber eine minderjährige cis Person, die vorzeitig in die Pubertät kommen würde, Pubertätsblocker weiterhin ohne obligatorische Studienteilnahme erhält. Trans Jugendliche benötigen Schutz, medizinische Unterstützung und Respekt – nicht eine Politik, die Angst schürt und zu Diskriminierung und Ungleichbehandlung aufruft.

Ebenso klar ist, dass die gesundheitliche Versorgung von trans Menschen, dass die medizinische Grundversorgung für trans Personen allgemein und trans Jugendliche im Besonderen, ausgebaut und nicht eingeschränkt werden muss. Das zeigt unter anderem auch ein 2022 veröffentlichter Bericht, der durch den Bund nach einem Vorstoss von SP-Nationalrätin Samira Marti in Auftrag gegeben wurde: Die Gesundheit queerer Menschen, insbesondere die von trans Personen in der Schweiz, erreicht nicht dieselben Standards wie nicht-queere Personen. Ebenfalls 2022 übernahm die Schweiz den WHO-Standard der ICD-11, die 11. Version der internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme. Die ICD-11 beruht auf dem Prinzip der Geschlechtervarianz. Transgeschlechtlichkeit wird nicht als psychische Störung betrachtet. Ebenso wird anerkannt, dass Geschlechtsinkongruenz ein medizinischer Zustand ist, welcher zu einem krankheitswertigen Leiden führt. Die Umstellung auf den ICD-11 verläuft in der Schweiz bis anhin allerdings schleppend.

Für die SP Schweiz ist klar, dass es das absolute Minimum ist, die momentan bestehenden gesundheitlichen Standards für queere Menschen zu halten. Sie setzt sich weiter für einen Ausbau der gesundheitlichen Versorgung für trans Personen ein. Um die Gesundheit queerer Personen auf einen vertretbaren Standard zu bringen, braucht es mehr Massnahmen und Ressourcen, nicht weniger. Es braucht weniger Populismus von Rechts auf dem Buckel queerer Personen und mehr Differenziertheit.

Die SP Schweiz setzt sich deshalb (weiterhin) dafür ein, dass:

- Ein klarer Fahrplan (samt entsprechender Ressourcen) bei Bund und Kantonen für die Umstellung auf ICD-11 definiert wird. Momentan geschieht dies nur zögerlich.
- Die Krankenkassen von der WHO- und der medizinischen Fachgesellschaften gestützten Erkenntnisse zu trans Gesundheit anerkennen. Explizit soll darauf geachtet werden, dass sich alle Institutionen bewusst sind, dass die WHO die Existenz von nicht-binären Menschen anerkennt und kein «Transitionsprogramm» definiert.
- Der Bundesrat garantiert, dass medizinische Gesellschaften gemäss den eigenen definierten Ansätzen, die sich wiederum auf wissenschaftliche und klinische Erkenntnisse stützen, trans Menschen beraten und behandeln können. Politische Eingriffe in die Ärzt:in-Patient:in-Beziehung sind zu unterbinden.
- Alle queer-spezialisierten Erstversorger:innen und Fachärzt:innen die explizite Kompetenz erhalten, die Diagnose der Geschlechtsinkongruenz stellen zu können.
- Der Bundesrat nicht nur medizinische Transitionen ermöglicht, sondern auch dafür sorgt, dass soziale Transitionen diskriminierungsfrei und möglichst ohne Hürden stattfinden. Hierbei spielen psychosoziale und community-basierte Angebote eine zentrale Rolle, weshalb sie gefördert werden sollten.
- Die Zusammenarbeit zwischen (interdisziplinären) Zentren gefördert wird. Nur in diesem Rahmen können komplexe Operationen in einer sensibilisierten Umgebung korrekt abgeklärt und durchgeführt werden.
- Es in jedem Kanton eine schulpsychologische Fachstelle gibt, die über genügend Kompetenz verfügt, um die Situation dieser Kinder bzw. Jugendlichen einzuschätzen und dementsprechend an die richtige Stelle (KJPD) zu vermitteln. Dafür braucht es entsprechende Ressourcen der Kantone oder die Bemühung, interkantonale Zentren aufzubauen.
- Forschungsprogramme zu trans Gesundheit vom Bund gefördert werden.
- Die mentale Gesundheit der trans Bevölkerung adäquat versorgt wird. Dafür braucht es eine Aus-, Weiter- und Fortbildungsoffensive bei den entsprechenden Berufen.
- Es ausreichend Schutzplätze für trans Personen gibt.
- Es eine ganzheitliche, stufengerechte Sexuaufklärung für alle gibt. Das bedingt, dass die Kantone dafür genügend Ressourcen sprechen.

Um das Wissen über trans Gesundheit innerhalb der SP Schweiz zu vertiefen, wird ausserdem in Zusammenarbeit mit der SP queer die Thematik im Bildungsprogramm der SP Schweiz gestärkt.